

# Smarte Schweiz 4.0

**Die Digitalisierung hat uns viel zu bieten – es bedarf aber endlich einem «open-minded» Kulturwandel mit dem richtigen Fokus. Die Schlüsselkompetenzen für das erfolgreiche Navigieren innerhalb der digitalen Transformation basieren auf einer liberalisierten Bildungs- und Wirtschaftslandschaft. Wir fordern die Marktliberalisierung für zukunftsweisende Systeme und Technologien, wobei die Datensouveränität des Bürgers stets das höchste Gut sein muss. Mehr Freiheit – weniger Staat für eine smarte Schweiz 4.0.**

Unser Land hat die besten Voraussetzungen um langfristig und nachhaltig von der digitalen Transformation zu profitieren. Wir müssen darauf achten, dass der Staat nun aus Angst nicht überreguliert, sondern mit Bestimmtheit voranschreitet und Freiheiten schafft.

## Bildung und Forschung

Um der fortschreitenden Disruption wirkungsvoll entgegenwirken zu können, wird die digitale Reife zunehmend zu der Schlüsselkompetenz. Diese laufend weiterzuentwickeln soll nicht nur Aufgabe jedes einzelnen Bürgers sein, sondern muss von Anfang an in der Bildung und der Forschung mit aller Konsequenz vorgelebt und mitgetragen werden. Mit dem Lehrplan 21 ist die Grundlage für eine echte Medienkompetenz auf allen Stufen geschaffen worden. Der digitale Fokus darf jedoch nicht nur auf neu geschaffenen Fächern liegen, sondern muss aus Sicht der Jungfreisinnigen zwingend bereichsübergreifend vermittelt werden. Die zukunftsweisende digitale Grundausbildung beginnt mit best-practice. Bildungseinrichtungen und Start-ups sollen in verschiedenster Hinsicht voneinander profitieren können, wie beispielsweise von der organisatorischen Agilität, der verantwortungsbewussten Risikobereitschaft sowie der Entwicklung neuer, innovativer Ideen. Wir fordern sowohl die Unternehmen wie auch die Bildungseinrichtungen zum aktiveren Wissensaustausch und zu praktischer Kooperation auf. Damit kann man den Kindern das Unternehmertum bereits in jungen Jahren auf eine gut verständliche Art näher bringen. Weiter sind alternative Schulmodelle wie Homeschooling mit E-Learning als Ergänzung zum konventionellen Schulunterricht zu prüfen. Auch die Weiterbildung der Lehrkräfte muss bei der Digitalisierung ins Zentrum rücken. Um digitale Kompetenzen vermitteln zu können müssen die Lehrer selber auf dem neusten Stand der Technik sein.

Die permanente Weiterbildung muss aktiver belohnt werden. Wer die Bereitschaft hat im mittleren Berufsleben einen neuen Beruf zu erlernen, der soll sofern nötig auch Unterstützung erhalten.

Diese muss aber mit einem Rückzahlungsmechanismus verknüpft sein, so dass auch nachfolgenden Generationen die Chance dazu ermöglicht wird. Wer sich berufsorientiert weiterbildet, soll von einem Steuerabzug profitieren können. Andere Möglichkeiten sehen wir in der Weiterentwicklung des Erfolgsmodells der Berufslehre sowohl für alle Altersgruppen wie auch mit internationalem Austausch während der Ausbildungsjahre.

Dank Open Data, Open Government und Open Science können sich innovative Unternehmen schneller am Innovationsprozess beteiligen. Deshalb darf es keine Ausnahme bleiben und muss zur Regel werden.

## Wirtschaft

Das traditionelle Mitarbeiterbild wird ebenfalls neue Formen annehmen. Der damit verbundene Paradigmenwechsel geht vom fremdgesteuerten zum selbstgesteuerten Wissensarbeiter über. Damit dies möglich ist, braucht es eine rasche und deutliche Flexibilisierung der Arbeitszeit. Wir begrüßen, dass die Arbeitszeiterfassung für Arbeitnehmer in leitenden Funktionen sowie für Fachspezialisten flexibilisiert werden soll.

Aus unserer Sicht müssen das Arbeitsgesetz sowie die Sozialsysteme dahingehend reformiert werden, dass sie die neuen Arbeitsformen wie Homeoffice und Crowdworking fördern und nicht unnötig verhindern. Wenn man es ermöglicht, dass Menschen mitentscheiden können, wann und wo sie arbeiten, hat das einen positiven Einfluss auf die Work-Life-Balance.

Die gesetzliche Festlegung der Ruhe- und Arbeitszeit ist nicht mehr zeitgemäss. Sonntagsarbeit darf fortan kein Tabu mehr sein. Es liegt im Interesse des Arbeitgebers sowie des Arbeitnehmers, dass sie die Work-Life-Balance eigenverantwortlich regeln. Anstelle die Wochenarbeitszeit zu reduzieren, was einen erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden verursachen würde, bietet die Verdichtung der Arbeit einen produktiven Nährboden für neue Arbeitsformen.

Wir erkennen, dass in bestimmten Branchen Kryptowährungen zu einem zunehmend wichtigen Zahlungsmittel werden. Die Jungfreisinnigen Schweiz fordern eine Entpolitisierung dieser neuen Zahlungsmethoden. Kryptowährungen sind ein weiteres Beispiel dafür, dass ein Netzwerk ohne Zentralisierung durch eine staatliche

## Unsere zehn Forderungen

- Digitale Bildungskompetenz an Schulen fächerübergreifend fördern
- Reform des Arbeitsgesetzes und der Sozialsysteme mit Fokus auf moderne Arbeits- und Lebensformen
- Entpolitisierung alternativer Zahlungsmethoden
- Tauglichkeitsprüfung bestehender Gesetze auf ihre Kompatibilität mit neuen Technologien
- Offenheit gegenüber alternativer Transportmittel
- Einführung der digitalen Identität, Zusammenfassung von Datenschutz und Datensicherheit in einem schlanken Datengrundgesetz
- Gesetzliche Verankerung der Netzneutralität
- Einführung einer digitalen Waffengattung zum Schutz unserer kritischen Infrastruktur
- Open Data, Open Government und Open Science sollen zur Regel werden und nicht die Ausnahme sein.

Stelle und nicht zuletzt durch das Vertrauen zwischen den Marktteilnehmern funktionieren kann. Gewinne aus Kryptowährungen sollen anderen Währungen gleichgesetzt sein (bleiben), was den steuerfreien Kapitalgewinn ermöglicht. Zwar braucht es wohl von der Politik und den Aufsichtsbehörden in den wichtigsten Fragen einige wenige Spielregeln, allerdings ohne gleich mit der Regulierungskeule Innovation auszubremsen oder gar zu vernichten.

### **Mobilität und Infrastruktur**

Grundlage für die Umsetzung der digitalen Transformation ist ein stabiles und leistungsfähiges Kommunikationsnetz. Damit ein echter Wettbewerb florieren kann, ist eine Teilliberalisierung der Kommunikationsinfrastruktur unabdingbar. Neue Technologieformen dürfen nicht durch Quasimonopole am Markteintritt gehindert werden. Damit einhergehend muss den Folgen eines erhöhten Stromverbrauches Rechnung getragen werden. Hierbei lehnen wir ein Technologieverbot kategorisch ab. Die Regulierungsdichte für Carsharing-Angebote wie auch für Fernbusse ist aktuell zu gross. Die Städte versinken im Verkehrschaos. Noch keine Schweizer Stadt hat ihre Verkehrsprobleme durch motorisierten Individualverkehr und den ÖV gelöst! Die einzelnen Verkehrsträger dürfen nicht länger ideologisch gegeneinander ausgespielt werden – das bringt niemanden etwas.

Wenn man es ermöglicht, dass Menschen mitentscheiden können, wann und wo sie arbeiten, dann wird viel unnötige Mobilität verhindert werden können. Der berufsmässige Personentransport auf der Strasse mittels Technologieplattformen wie Uber muss dahingehend liberalisiert werden, so dass ein konkurrenzfähiges Angebot zum Öffentlichen Verkehr geschaffen werden kann.

Wettbewerb führt zu einer Win-Win-Situation für alle. Der Entwicklung autonomer Verkehrs- und Transportmittel dürfen keine Steine in den Weg gelegt werden. Die digitale Verknüpfung ermöglicht eine hohe Flexibilität in der Wahl der Verkehrsmittel ebenso wie deren Verlagerung vom MIV zum ÖV und Langsamverkehr mit Mietfahrrädern, Cargo-bikes, oder Carsharings, Fahrgemeinschaften und Vermeidung unnützer Fahrten sowie besserer Fussgängerverbindungen.

Ebenfalls sehen wir grosse Entwicklungschancen für den Tourismus, wenn der Immobilien- und Wohnungsmarkt durch eine Marktliberalisierung einhergehend mit dem Zulassen gleichwertiger Plattformen wie Booking.com neu durchmischt wird. Über die Plattform wird ein zusätzlicher Vertriebskanal geschaffen, der es auch kleineren Organisationen ermöglicht, sich im Markt zu behaupten. Es schafft gleich lange Spiesse für alle. Dies soll dazu führen, dass die Regulierungshürden generell gesenkt werden.

Den Ausbau des Kommunikationsnetzwerkes auf 5G unterstützen wir. Zudem soll langfristig eine Infrastruktur für eMobilität und selbstfahrende Autos geschaffen werden.

### **Verhältnis zwischen Bürger und Staat**

Die Digitalisierung ersetzt nicht den Bürokratieabbau. Sämtliche Bereiche des E-Governance müssen effizienter, qualitativ hochwertiger und kundennäher gestaltet werden. Damit einhergehend braucht es eine Überprüfung bestehender Gesetze und wo nötig entsprechende Anpassungen, damit diesen neuen Technologien der entsprechende Nährboden ermöglicht wird. Dazu müssen Geschäfte

mit und unter den Behörden durchgängig und medienneutral über die Verwaltungsebenen und Organisationsgrenzen hinweg abgewickelt werden können.

So muss es in Zukunft möglich sein, die persönliche digitale Identität online abzuwickeln. Dadurch hat der Bürger jederzeit den Überblick über den Bearbeitungsstatus und es kann spürbar Zeit bei der Informationserfassung und -verarbeitung optimiert werden.

Wir begrüssen die aktuellen Entwicklungen rund um die digitale Identität – Freiheit von statt Freiheit für sofern der Datenschutz und die Datenintegrität gewährleistet sind. Der Service Public ist dahingehend zu restrukturieren, dass er Anbieter kollaborativer Servicemodelle ist, anstelle als Quasimonopolist die Privaten vom Markt zu verdrängen. Die Jungfreisinnigen unterstützen die Bestrebungen zur Einführung von Content Service Provider Modellen.

### **Sicherheit und Verteidigung**

Wir fordern die Einführung einer digitalen Waffengattung zum Schutz unserer kritischen Infrastruktur. Basierend auf dem heutigen Milizgedanken unserer Armee soll sie in der Lage sein permanent ihre eigenen Systeme und Infrastrukturen vor Cyberangriffen schützen. Im Ernstfall müssen eigenständige Cyberaufklärung, Cyberverteidigung, Cyberoperationen durchgeführt werden können. Die Zusammenarbeit mit und die Unterstützung von zivilen Partnern wird durch im Rahmen des Nachrichtendienstgesetzes geregelt.

Ein entscheidender Erfolgsfaktor der Digitalisierung ist die Verfügbarkeit von Daten sowie deren Auswertung. Der Staat hat die Privatsphäre der Bürger zu respektieren und soll ausser in schwerwiegenden Situationen, wo die Grundrechte anderer Bürger offensichtlich in Gefahr sind keine Daten ohne explizite Zustimmung des Einzelnen sammeln dürfen. Wir stehen ein für die Daten- Souveränität jedes Individuums. Die Datensouveränität braucht einen entsprechenden Souverän, welcher abschliessend über die Verwendung der Daten befinden kann und das ist das Individuum von welchem die generierten Daten ausgehen. Wir bekennen uns zur Netzneutralität. Die Schweizer Internetprovider müssen gewährleisten, dass keine Datenpakete im Internet bevorzugt oder benachteiligt werden. Nur so ist sichergestellt, dass keine freie Meinung diskriminiert wird und neue innovative Unternehmungen freien Marktzugang erhalten. Diese Chancengleichheit wollen wir schützen. Die diskriminierungsfreie Ausgestaltung von Internetdiensten muss wettbewerbsrechtlich geschützt werden.

Mit grosser Sorge sehen wir dem 25. Mai 2018 entgegen, wo die im April 2016 in Kraft getretene Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) der EU ihre Wirkung entfalten wird. Der Übergang von Regulierung zur Repression ist fliessend. Die Jungfreisinnigen setzen alles daran, dass das Regelwerk pragmatisch auslegt und allen Spielraum nutzt, um noch knapp EU-konform zu sein, aber unnötige Bürokratie vermeiden kann. Wir werden uns mit aller Kraft für einen verhältnismässigen «Swiss-Finish» einsetzen.

### **Fazit**

Wir Jungfreisinnige wollen die Zukunft mitbestimmen und die Digitalisierung mitgestalten. Wir glauben an die Fähigkeit jedes Einzelnen, der mit einer gesunden Portion Mut, Selbstbestimmung und Gemeinsinn unsere smarte Schweiz 4.0 mitgestalten wird.